

Stellungnahme

„Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen“ (SAGA)

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) vertritt 1.300 Unternehmen, davon gut 700 als Direktmitglieder mit ca. 120 Mrd. Euro Umsatz und mehr als 700.000 Beschäftigten.

BITKOM begrüßt die Initiative der Bundesregierung, gemeinsam mit Experten aus Verwaltung und Wirtschaft Standards und Architekturen für eGovernment Anwendungen (SAGA) zu definieren. Insbesondere begrüßt BITKOM die Einrichtung eines öffentlichen Forums für alle Bürger sowie eines Expertenkreises, über die Empfehlungen zur Ausgestaltung von SAGA eingebracht werden können. Die nachfolgenden, allgemeinen Anmerkungen beziehen sich auf die noch nicht veröffentlichte Version 1.0.007 der SAGA-Empfehlungen, gelten aber generell für alle Standardisierungsbemühungen im Umfeld von E-Government.

Die Einführung neuer Konzepte für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Verwaltung ist notwendig, um auf gewandelte Marktbedingungen zu reagieren. Dazu gehört die zunehmende Konsolidierung von Information, die Verbreitung des Dienstleistungsgedankens, das Wachstum der Eigenkompetenz von Benutzern und die Herausforderung geringerer Budgets für IT-Investitionen. Die veränderten Bedingungen bilden sich ab in IT-Architekturen, die für die Implementierung von komplexen Systemen an Bedeutung gewinnen. Eine Architektur liefert Vorgaben zur Verwendung von Standards im Zusammenhang mit Gesamtstrategien. Sie kann Software- und Hardwarekomponenten beinhalten, um den IT-Verantwortlichen Orientierungshilfen im „Dschungel“ der Angebote zu geben. Architekturen müssen sowohl qualitative als auch quantitative Vorgaben für die Verwendung einzelner Komponenten machen.

Das Ziel von Standards muss es sein, ein sinnvolles Maß darzustellen zwischen Anforderungen, die immer erfüllt werden können und Anforderungen, die kaum erreichbar sind. So wird ein Tempolimit von 20 km/h auf Autobahnen zu einem Verkehrschaos führen, während ein Limit von 290 km/h nahezu keine Auswirkungen haben wird. Die Wahrheit ist wie meistens in der Mitte zu finden.

Bei aller Notwendigkeit von Standards für E-Government lehnt BITKOM solche Standards ab, die über die zur Erreichung der gewünschten Ziele notwendigen Vorgaben hinausgehende Einschränkungen mit sich bringen und dadurch faktisch oder potenziell eine Wettbewerbsbeschränkung bedeuten. Dies gilt besonders im Hinblick auf die verbindlichen und einseitigen Vorgaben von Produkten oder

produktnahen Technologien, welche den Wettbewerb stark einschränken oder gar unmöglich machen. Sie können insbesondere auch nicht im Sinne der Verwaltungen sein, da sie zu höheren Kosten und Abhängigkeiten führen.

BITKOM befürwortet jedoch Anstrengungen für eine Vereinfachung des Datenaustausches (u.a. durch OSCI, Xmeld, Xbau, etc.), der Interoperabilität von E-Government-Anwendungen und der in SAGA als Ziel beschriebenen Wiederverwendbarkeit von Vorgehensweisen und Datenmodellen durch die Verwendung offener Standards. Die Nutzung dieser Standards gewährleistet den Wettbewerb zwischen verschiedenen Technologien und Unternehmen. Eine Standardisierung darf nicht zu einer Vorentscheidung für ein spezielles Produkt oder eine produktnahe Technologie führen, denn dies stellt einen funktionsfähigen Wettbewerb in Frage.

BITKOM empfiehlt der Bundesregierung, die in SAGA getroffenen Festlegungen daraufhin zu überprüfen, ob die begrüßenswerten Ziele einer Standardisierung und Unterstützung der Verwaltung hin zu nachhaltigem E-Government auf diese Weise gefördert werden, oder ob manche Formulierungen zu Wettbewerbsbehinderungen führen und damit nicht diesem Ziel dienen.

Die Bundesregierung geht in die richtige Richtung, wenn Standards festgelegt werden, um E-Government-Prozesse zu vereinheitlichen und zu vereinfachen sowie den Wettbewerb zwischen Wirtschaftsunternehmen aufrechtzuerhalten und zu fördern. Dabei sollten schon aus Kostengründen internationale und europäische offene Standards und Normen angestrebt werden, die auch die Anforderungen in anderen Ländern berücksichtigen.

BITKOM bietet seine Unterstützung an, im Umfeld teilweise technischer Fragestellungen zu einem Ergebnis zu gelangen, das diesem Ziel entspricht. Die vorliegende Stellungnahme ist dazu ein erster Schritt. Weitere Empfehlungen für einen „Masterplan E-Government“ werden folgen. Insbesondere bietet BITKOM der Bundesregierung an, sich mit seinen Mitgliedsunternehmen und den Mitgliedern des Arbeitskreises E-Government in einem offenen und konstruktiven Gespräch an einer Evaluierung des SAGA-Prozesses und einer Weiterentwicklung des Standards zu beteiligen.